

ganisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur festgelegten Grundsätze und Normen sowie der Bedeutung der Arbeit anderer Sonderorganisationen und verschiedener Organe der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit den Problemen der Wanderarbeiter und ihrer Familien,

- erneut erklärend, daß trotz des bereits bestehenden Katalogs von Grundsätzen und Normen nach wie vor weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Lage und zur Sicherung der Menschenrechte und der Menschenwürde aller Wanderarbeiter und ihrer Familien unternommen werden müssen,
- unter Hinweis auf ihre Resolution 34/172 vom 17. Dezember 1979, in der sie beschloß, eine allen Mitgliedstaaten offenstehende Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien zu schaffen,
- ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/198 vom 15. Dezember 1980 und 36/160 vom 16. Dezember 1981, in denen sie das Mandat der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller

Wanderarbeiter und ihrer Familien erneuerte und sie ersuchte, ihre Arbeit fortzusetzen,

- nach Prüfung der Fortschritte, die die Arbeitsgruppe auf ihrem zweiten zwischen den Tagungen der Generalversammlung abgehaltenen Treffen vom 10. bis 21. Mai 1982 erzielt hat,
- ferner nach Prüfung des Berichts der Arbeitsgruppe während der laufenden Tagung der Generalversammlung,
 1. nimmt Kenntnis vom Bericht der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien und äußert ihre Genugtuung über die beträchtlichen Fortschritte, die die Arbeitsgruppe bei der Erfüllung ihres Mandats bisher erzielt hat;
 2. beschließt, daß die Arbeitsgruppe unmittelbar nach der ersten ordentlichen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1983 zwischen den Tagungen der Generalversammlung erneut für die Dauer von zwei Wochen in New York zusammentritt, damit sie ihre Aufgabe so bald wie möglich abschließen kann;
 3. bittet den Generalsekretär, den Regierungen den Bericht der Arbeitsgruppe zu

übermitteln, damit die Mitglieder der Arbeitsgruppe während dem im Frühjahr 1983 zwischen den Tagungen der Generalversammlung abzuhaltenden Treffen ihre Arbeit fortsetzen können, und die bei diesem Treffen erzielten Ergebnisse weiterzuleiten, damit die Generalversammlung sie auf ihrer achtunddreißigsten Tagung behandeln kann;

4. bittet den Generalsekretär ferner, die obengenannten Dokumente den zuständigen Organen des Systems der Vereinten Nationen und den in Frage kommenden internationalen Organisationen zu übermitteln, damit sie ihre Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe fortsetzen können;
5. beschließt, daß die Arbeitsgruppe während der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung — möglichst zu Beginn der Tagung — zusammentritt, um die Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien fortzusetzen und wenn möglich abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: Ohne förmliche Abstimmung angenommen.

Literaturhinweise

Zum Nord-Süd-Verhältnis

Opitz, Peter J. (Hrsg.): Die Dritte Welt in der Krise. Grundprobleme der Entwicklungsländer

München: Beck (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 285) 1984
274 S., 19,80 DM

Evers, Hans-Dieter/Senghaas, Dieter/Wienholtz, Huberta (Hrsg.): Auf dem Weg zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung? Bedingungen und Grenzen für eine eigenständige Entwicklung

Baden-Baden: Nomos 1983
478 S., 49,- DM

Angesichts der großen Zahl von Publikationen über die Dritte Welt stellt der Herausgeber des Buches »Die Dritte Welt in der Krise« selbst die Frage: Ist ein weiteres Buch nötig? Bringt es wirklich etwas Neues? Die Absicht der Autoren dieses neuen Bandes, so der Herausgeber, bestand dann weniger darin, etwas Neues vorzulegen. »Ihr Ehrgeiz entzündete sich eher an der Fülle des vorhandenen Materials: es zu sichten, auszuwerten und so konzentriert darzustellen, daß sich ein interessierter Leser in relativ kurzer Zeit über zentrale Probleme der Dritten Welt informieren kann.« Die Zahl der Beiträge bleibt mit zwölf überschaubar. Sie befassen sich mit einer Bilanz zweier Entwicklungsdekaden (Opitz), den Stichworten Bevölkerung (Josef Schmid), Landwirtschaft (Reinhard Wesel), Rohstoffe (Eberhard von Pilgrim), Außenhandel (Rigmar Osterkamp), Industrialisierung (Michael Bohnet), Verschuldung (Veronika Büttner), Wissenschaft und Technik (Klaus Gottstein), Arbeitslosigkeit (Wolfgang Ochel), Städtewachstum (Gerhard Heilig), Umweltprobleme (Werner Schädle) und Rüstung und Entwicklung (Opitz).

Nicht alle Grundprobleme der Entwicklungsländer konnten behandelt werden, bemerkt der Herausgeber in dem Vorwort. Dennoch wolle der Band einer ökonomischen Einseitigkeit der Perspektive entgegenzutreten und es bei den »klassischen« Problemfeldern nicht bewenden lassen. Folgt man den Themen der Beiträge, so bleibt das Verständnis von Krise und Grundproblemen eher traditionellen Erklärungsmustern verhaftet, was nicht nur unter didaktischen Gesichtspunkten eher das Öffnen des Blickwinkels bremsen könnte. Was sind die grundlegenden Strukturen, Ursachen und Prozesse? Welches sind die gesellschaftlichen Kräfte, die die Konflikthaftigkeit des Verhältnisses zwischen dem Norden und dem Süden und innerhalb der Dritten Welt begründen? Ist die Dritte Welt eine ahistorische Größe ohne Artikulation und ernstzunehmende Eigendynamik, also doch mehr oder weniger ein Armutsphänomen, zu dessen Aufhebung der Norden materiell wie immateriell durch seine Hilfe fähig und wirklich gefragt wäre?

Über die statistische Aktualität hinaus versucht die Publikation durchaus eine Berücksichtigung neuerer, kritischer, in der bundesdeutschen Wissenschaft und Politik nicht immer beliebter Ansätze eines problemangemessenen Verständnisses der Situation der Dritten Welt im Kontext globaler Konstellationen. Gelegentliche Lücken, Oberflächlichkeiten, Widersprüche und unreflektierte Neuigkeiten ließen sich leichter verschmerzen, wenn der Rückbezug der Probleme der Dritten Welt auf die Strukturen in den Industrieländern deutlicher und die Krise der Dritten Welt mutiger als eine Folge der Krise der reichen Länder — und zwar keineswegs in erster Linie ökonomisch, sondern vielmehr unter dem Gesichtspunkt der Frage nach der Verwirklichung des Humanums — herausgearbeitet worden wäre.

Viel stärker bewegungs-, prozeß- und strukturorientiert präsentiert sich eine Veröffentlichung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, die unter der Fragestellung »Auf dem Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung?« (Titel) »Bedingungen und Grenzen für eine eigenständige Entwicklung« (Untertitel) aufzeigen will. Wo gibt es progressive Handlungsspiel-

räume, wo hat es sie gegeben, wo und wann sind sie gelungen?

Hier werden Machtstrukturen des Marktes, der transnationalen Konzerne und des Internationalen Währungsfonds ebenso wie emanzipatorische Ansätze und Reformstrategien in der Dritten Welt in den Vordergrund gerückt und in den Kontext historischer Erfahrungen von Unterentwicklung und Versuchen autozentrierter Entfaltung gestellt. Dabei wird in den 24 Beiträgen der Autoren — zu den Herausgebern treten Namen wie Rainer Tetzlaff, Karl Wohlmuth, Ulrich Menzel, Hartmut Elsenhans, Ursula Semin-Panzer, Claudia von Werlhof, Dieter Ernst und Herbert Wulf — reichhaltiges empirisches Material aus vielerlei Regionen und Ländern wie Ägypten, Benin, Brasilien, China, Indonesien (Java), Malaysia, Mexiko, Mosambik, Peru, Rumänien und Venezuela verarbeitet. Der Band stellt eine Reihe von Projekten vor, die auf die Förderung durch die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) zurückgehen und die einmal mehr unter Beweis stellen, daß es vor allem ein Verdienst dieser Friedensforschungsinstitution gewesen ist, die bundesdeutsche Entwicklungsländer- und Konfliktforschung auf ein Niveau zu heben, das sie international dialogfähig gemacht hat. Ohne die Bemühungen der DGFK wäre vermutlich nicht nur die Forschung in der Bundesrepublik in dem relevanten Fragekreis in einem provinziellen Milieu verharret, das die Groteske »Weltmarktkrise Bundesrepublik« und »Zwerg Westdeutschland« (in Bezug auf politische Kultur) noch verstärkt hätte. Ansätze für einen politischen Neuaufbruch in der Bundesrepublik, wie sie sich in der wachsenden Kooperation von Friedens-, Ökologie- und Dritte-Welt-Bewegung zeigen könnten, sind unentbehrlich angewiesen auf die Erkenntnisse, für die die DGFK sorgt und deren Bereitstellung wegen sie schließlich aufgelöst wurde. Herbert Wulfs Beitrag »Bedingungen für ein eigenständiges Verteidigungskonzept in Entwicklungsländern« in der DGFK-Publikation liefert ein gutes Beispiel dafür, wie unbequem und aufschlußreich ein entwicklungspolitisches Thema für verkrustete Strukturen in Industrieländern sein kann. »Verteidigung ohne Selbsterstörung« ist heute zu einer Aufgabenstellung geworden,

die längst über den militärischen Aspekt hinaus zu einer Grundoption bei existentiellen Bemühungen um eine Erhaltung einer lebenswerten Mit- und Umwelt auch in den Industrieländern geworden ist.

Beide Publikationen sollten zu der Hoffnung beitragen, daß wir uns aus der vielfächertigen Globalkrise hin zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung bewegen, die Menschen und Gesellschaften auch künftiger Generationen eine würdige Lebenschance läßt.

K. Friedrich Schade □

Zur OAU

Institut für Internationale Beziehungen, Potsdam-Babelsberg (Hrsg.): Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU). Resolutionen und Erklärungen 1963—1981. Ausgewählt und eingeleitet von Horst Stöber

Berlin (Ost): Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik 1983
223 S.; 23,50 M

185 Dokumente der OAU sind in dem vorliegenden Band abgedruckt, angefangen von der Gründungscharta aus dem Jahre 1963 bis zu einigen Resolutionen der Ministeratskonferenz vom Juni 1981. Die Auswahl konzentriert sich auf Beschlüsse der Gipfeltreffen sowie der Ministerratskonferenzen der OAU. Die Aufnahme einzelner anderer Dokumente, wie etwa des »Lusaka-Manifests« zum Südlichen Afrika, das die ost- und zentralafrikanischen Staaten 1969 verabschiedeten (Dok.45), und der Beschlüsse der afro-arabischen Gipfelkonferenz von 1977 (Dok.127—129) ist jedoch wegen ihrer politischen Bedeutung durchaus gerechtfertigt. Das Studium dieser Dokumente vermittelt einen guten Eindruck der Interessen und der Politik der OAU seit ihrem Bestehen. Das vorrangige Bestreben der afrikanischen Staaten und ihrer Dachorganisation, die Eigenständigkeit Afrikas in den internationalen Beziehungen zu behaupten und dazu die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit aller Teile des Kontinents zu erreichen bzw. zu festigen, zieht sich als roter Faden durch ihre Geschichte.

Die vom Herausgeber getroffene Auswahl aus den inzwischen weit über tausend offiziellen Beschlüssen der OAU stellt den anticolonialistischen und anti-rassistischen Kampf im Südlichen Afrika in den Mittelpunkt, mit gutem Grund, denn hier hat sich die OAU am stärksten engagiert, konnte auch die Einheit der Organisation trotz zahlreicher Konflikte zwischen ihren Mitgliedern und außerafrikanischer Einmischungsversuche bewahrt werden. Demgegenüber werden Aktivitäten im wirtschaftlichen Bereich der Nord-Süd-Beziehungen etwas weniger intensiv berücksichtigt. Die Aufnahme einiger weiterer Dokumente aus diesem Bereich, etwa des 1980 auf einem Sondergipfeltreffen verabschiedeten »Lagos-Plans«, hätte diese sehr brauchbare Sammlung noch vervollständigt.

Mit wenigen Ausnahmen wurden alle Dokumente eigens für diesen Band übersetzt. Man hätte sich eine etwas sorgfältigere redaktionelle Bearbeitung gewünscht, vor allem, um zentrale Begriffe einheitlich wiederzugeben. So taucht zum Beispiel der Schlüsselbegriff der Blockfreiheit in drei Variationen auf: »Nichtanschluß an jegliche Blöcke« (S.36), »Nichtpaktgebundenheit« (S.42 und passim) als die in der DDR übliche Übersetzung, und »Blockfreiheit« (S.105). Kritik ist an der Einleitung anzubringen. Dabei geht es nicht primär darum, daß Stö-

ber die OAU in die »internationale Klassenauseinandersetzung«, sprich den Ost-West-Konflikt zwischen dem »Imperialismus« und dem »Weltsozialismus«, einbettet und Erfolge der OAU-Politik zu einer Funktion der Stärkung des Ostblocks in der internationalen Politik macht (S.18f.). Es steht ihm frei (?), in seiner Interpretation der Lage Afrikas der außenpolitischen Perzeption seiner Regierung zu folgen, auch wenn er sich dabei noch so weit von der Realität entfernt. Etwas anderes ist es jedoch, eine Übereinstimmung der OAU selbst mit dieser Perzeption zu behaupten. Zwei Beispiele verdeutlichen, wie Stöber dies versucht:

● In einer Resolution des OAU-Ministerats (Dok.145) zur Sicherheitslage in Afrika wird ein Absatz der Prämissen, in dem das souveräne Recht jedes einzelnen Staates festgehalten wird, Maßnahmen zu seiner Verteidigung zu ergreifen, als offizielle Billigung der OAU für die sowjetisch-kubanischen Interventionen in Angola und Äthiopien fehlinterpretiert (S.23). Daß der erste Punkt des eigentlichen Beschlusses dieser OAU-Resolution »bekräftigt, daß die Verteidigung und Sicherheit Afrikas in die ausschließliche (!) Verantwortung der Afrikaner fallen«, bleibt unerwähnt.

● Stöber nimmt sich auch der bekannten Stelle im »Lusaka-Manifest« (Dok.45) an, die ein locus classicus für die Priorität der Eigenständigkeit und der Nord-Süd-Dimension in der Außenpolitik der afrikanischen Staaten geworden ist. Es heißt dort, die im Befreiungskampf stehenden Völker in den portugiesischen Kolonien »interessieren sich weder für den Kommunismus noch für den Kapitalismus, sie sind an ihrer Freiheit interessiert.« Diese 1969 gemachte Aussage erklärt Stöber für »überholt«, die ideologische Frage sei »heute zu einer Entscheidungsfrage geworden.« (S.30) Hier genügt der Hinweis darauf, daß die ideologisch östlich orientierten Staaten Angola und Mosambik zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit wirtschaftlich stärkeren Zugang zu westlichen Märkten suchen, um die anhaltende Aktualität der Prioritätensetzung des Manifests von 1969 zu belegen.

Fazit: Eine sehr brauchbare Dokumentensammlung; eine in der Analyse der OAU irreführende Einleitung des Herausgebers.

Peter Meyns □

Zur Afrikapolitik der UdSSR

Kühne, Winrich: Die Politik der Sowjetunion in Afrika. Bedingungen und Dynamik ihres ideologischen, ökonomischen und militärischen Engagements

Baden-Baden: Nomos 1983
299 S.; 34,- DM

Wohl kaum eine Frage ist in der internationalen Politik so kontrovers — und zugleich so sehr mit dramatischen Äußerungen befrachtet — wie die Einschätzung der Außenpolitik der Sowjetunion. Folgt man ideologieträchtigen Äußerungen à la Reagan (»Das Reich des Bösen«) so wird das geregelte, friedliche und entwicklungsorientierte (»partnerschaftliche«) Miteinander der Staaten in der Welt nur von der Sowjetunion gestört. Angesichts dieses in der westlichen Publizistik weit verbreiteten Interpretationsrahmens ist es verdienstvoll, daß ein Mitarbeiter der »Stiftung Wissenschaft und Politik«, die Bundeskanzleramt und Auswärtiges Amt mit langfristigen Analysen zuarbeitet, eine Studie vorgelegt hat, die mit Faktenreichtum und Detailgenauigkeit die sowjetische Politik in Afrika in ihrer Reali-

tät, jenseits ihrer ideologischen und politischen Ambitionen, untersucht.

Die gegenwärtige Lage im Südlichen Afrika — mit einer von Südafrika betriebenen »Entspannungspolitik« in Form von »Sicherheitspakten« mit Mosambik, Swasiland und Angola bei Fortdauer der Apartheidpolitik in Südafrika und der daraus resultierenden Destabilisierungs-Notwendigkeit — ist ein Testfall für Kühnes Untersuchung: Westliche Beobachter sehen in dieser »neuen Situation« mit der gewohnten Kurzatmigkeit einen »Rückschlag für die Interessen der Sowjetunion«. Bietet nun Kühne Arbeit, die im wesentlichen bereits 1982 abgeschlossen wurde, Antworten für die Einschätzung der für die sowjetische Afrikapolitik wesentlichen Konstellationen im Südlichen Afrika? Zitieren wir aus seiner Zusammenfassung: »Zu Beginn der 80er Jahre sieht sich die sowjetische Afrikapolitik großen Schwierigkeiten gegenüber. Nachdem die östliche Präsenz Mitte der 70er Jahre sprunghaft ausgebaut und frühere Rückschläge kompensiert werden konnten, zeichnet sich nunmehr eine *defensive Phase* ab.« (S.233) »In Afrika stehen keine sowjetischen Interessen auf dem Spiel, die so wichtig sind, daß sie die sowjetische Führung dazu bewegen könnten, die damit verbundenen militärischen Risiken einzugehen. Und eine umfassende *Verschiebung östlicher Truppen nach Afrika* wäre äußerst *risikoreich*, unter bestimmten Bedingungen sogar undurchführbar. Vorerst weist nichts darauf hin, daß die Sowjetunion bereit ist, in ihrer Afrikapolitik derartige Risiken einzugehen.« (ebd.) Das kommt für Kühne nicht von ungefähr: »Das große *Ungleichgewicht* bzw. Mißverhältnis zwischen Kapazitäten im Bereich des Waffenausports und der Militärhilfe einerseits und der Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen andererseits ist das herausragende Charakteristikum der sowjetischen Afrikapolitik.« (ebd.) Dies schließt mit einiger Sicherheit aus, daß Teile Afrikas unter sowjetische Hegemonie geraten. Die ideologische Anlehnung eines afrikanischen Regimes an Moskau gewährleistete keine umfassende Kontrolle; Sozialismus sei für diese Regime in erster Linie ein Weg, Ziele der nationalen Entwicklung zu verfolgen und eigene Herrschaft zu legitimieren. Auch die Übernahme marxistisch-leninistischer Leitvorstellungen sei angesichts der sozialen Realität (etwa: fehlende Arbeiterklasse) wenig wahrscheinlich. Sowjetische Afrikapolitik könne daher nur begrenzt erfolgreich sein; auch nach mehr als zwei Jahrzehnten sowjetischen Engagements zeichne sich »keine ernsthafte Bedrohung lebenswichtiger westlicher Interessen« ab (S.234). Allerdings stelle die weiße Minderheitsherrschaft in Namibia und Südafrika »die offene Flanke einer westlichen, auf Begrenzung des östlichen Einflusses bedachten Politik in den 80er Jahren« dar (ebd.). Aber auch hier werde die Sowjetunion nur mit »einer gewissen Vorsicht und Zurückhaltung« agieren.

Der Vorzug der Arbeit Kühnes gegenüber der Kurzatmigkeit von Kommentatoren und Politikern ist die historisch-kritische — fast ist man versucht zu sagen: materialistische — Vorgehensweise. Kühne verläßt sich nicht auf die großen Worte hie und da, auf die Deklamationen der politischen Kommunikés, sondern analysiert nüchtern die Ernüchterungen, die afrikanische Politiker im Umgang mit der Sowjetunion an den Tag legen, und zeigt auf, daß diese zwangsläufig sind.

Fazit: Eine Pflichtlektüre für alle an der sowjetischen Außenpolitik Interessierten und alle Freunde Afrikas, die sich Sorgen machen über den Einfluß der Supermächte auf diesem Kontinent.

Peter Ripken □